

Expertenkommission I

Die Expertenkollosion

Jochen Staadt

Der durch die Hintertür eines „Expertenvotums“ angestrebte schleichende Paradigmenwechsel in Sachen SED-Diktatur ist gescheitert. Der Drahtzieher des Unternehmens sprach nach dem Scheitern seines einseitigen Konzeptes eine fürchterliche Drohung aus: „Wenn die öffentliche Aufarbeitung den Kontakt zur historischen Wissenschaft nicht verlieren will, muß sie akzeptieren: Aus den Machtmechanismen des Regimes allein kann die DDR nicht verstanden werden.“¹ Da muß sich „die öffentliche Aufarbeitung“ aber schwer in acht nehmen, daß Studienrat Sabrow ihr nicht auch noch ein Consilium abeundi erteilt.

Den Pappkameraden, der die DDR aus den „Machtmechanismen des Regimes allein“ verstehen will, wird man wohl lange suchen müssen. Es gehört andererseits schon eine erstaunliche Hybris dazu, eine durchaus umstrittene Forschungsmeinung zum Allgemeinut zu erklären und auch noch bei Bedarf zu verkünden, was andere denken sollen, was wann, wie geforscht, gelehrt und an Gedenkstätten vermittelt bzw. in Schulen unterrichtet werden soll. Forschungspläne und Richtlinien brachte schon Sabrows Vorgänger am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Jürgen Kocka vor fünfzehn Jahren in Hülle und Fülle auf den Markt. Man wartet noch heute auf die bahnbrechenden Ergebnisse der Potsdamer Alltagsforschung zum „Nischenglück“ in der DDR. An geeigneten Mitarbeitern, die voller „mißmutiger Loyalität“ im Wissenschaftsbetrieb der DDR herumsaßen, kann es ebensowenig liegen wie an der vorhandenen Ausstattung oder den üppigen Mitteln des Institutshaushaltes, wenn den großen Ankündigungen bislang nur schmale Leistungen folgten.

Die von der rot-grünen Kulturstaatsministerin unter Leitung Sabrows eingesetzte Expertenkommission ist ein Beispiel für einen Amtsmißbrauch der besonderen Art. Ohne jeden Anstand und mit großer Anmaßung wurde durch das Gremium versucht, die pluralistische Forschungs- und Gedenkstättenlandschaft im Sinne einer einzigen Denkrichtung in Aufstellung zu bringen. Die Auseinandersetzung mit den Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts im allgemeinen und der SED-Herrschaft im besonderen läßt sich aber nicht in das Korsett eines Lehrplans zwingen, und die Zugänge zur Erinnerung sind allemal höchst unterschiedlicher Art.

Sabrow favorisiert seit langem eine Option und versucht, auszugrenzen und zu denunzieren, was seinem Drang zum Weichzeichnen der SED-Diktatur widerspricht. Das Grundkonzept zu den Empfehlungen der Expertenkommission stand schon vor drei Jahren in der *Frankfurter Rundschau*. Sabrow und sein Mitarbeiter Thomas Lindenberger schrieben damals einen Masterplan zur „Zukunft der DDR-Geschichte“, der sich zu guten Teilen nun unverhohlen oder in wolkigen Formulierungen versteckt auch in der politischen Lyrik des Kommissionsberichtes wiederfindet. „Staatliche Repression und politischer Widerstand“ stünden im Vordergrund, „der Alltag einer Industriegesellschaft in der Mitte Europas“ hielten Lindenberger und Sabrow hingegen für unterbelichtet. Nachdem, wie sie glauben oder wünschen, die „Renaissance der Totalitarismustheorie in Agonie übergegangen“ sei, stehe nun die Erforschung der DDR mit

1 Martin Sabrow im Gespräch mit Regina Mönch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.5.2006.

all ihren „Dilemmata und Paradoxien ihrer realen Vielgestaltigkeit“ an. „Weniger die klaren Konturen totaler Herrschaft als vielmehr Aporien, Antinomien und Paradoxien prägen die Entwicklung dieses Staates. Je nachdem, unter welchem Blickwinkel sie betrachtet wird, ändert sie ihre Gestalt.“ Oha, ein Chamäleon namens DDR! Mitten im „forschungspolitischen“ und „forschungsstrategischen“ Nudelsalat findet sich bei Lindenberger/Sabrow freilich auch eine Perle der Erkenntnis: „Während es dem Fernsehen um Quoten geht, geht es in der Forschung um Förderungen.“² Sabrow hat seine Position als Vorsitzender der rot-grünen Expertenkommission wohl auch in diesem Sinne verstanden. Er und einige andere Lobbyisten in der Kommission³ haben sich gut bedient:

- Dem Haus der Geschichte/Zeitgeschichtlichem Forum Leipzig (HdG/ZFL), in der Kommission vertreten durch Rainer Eckert, wüchse laut Empfehlung der Expertenkommission die Funktion als „impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitution“ für ein „zu schaffendes ‚Forum Aufarbeitung‘ im Zentrum Berlins“ zu.
- Das Deutsche Historische Museum (DHM), in der Kommission vertreten durch Monika Flacke, soll mit seinem Fundus zu „einer künftigen Ausstellung zum Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ beitragen.
- Die Wissenschaftsabteilung der Birtler-Behörde, in der Kommission vertreten durch ihren Beirat Klaus-Dietmar Henke, soll eine „impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitution“ eines künftigen „Kompetenzzentrums“ zur „Erforschung der Rolle kommunistischer Geheimpolizeien des 20. Jahrhunderts“ werden (wie überhaupt die BStU alle möglichen Leit- und Aufsichtsfunktionen zugesprochen bekommt, die sie bislang nicht einmal im eigenen Haus durchsetzen konnte).
- Das Domaschk/Havemann-Archiv, in der Kommission vertreten durch Tina Krone, soll eine auf Dauer gestellte Bundes-/Landesfinanzierung und ein neues Gebäude erhalten.
- Das Potsdamer ZZF schließlich befindet sich in einer Projektkooperation mit der Gedenkstätte in der Bernauer Straße, der ein erheblicher Bedeutungs- und Mittelzuwachs insbesondere auch für das gemeinsame Projekt mit dem ZZF zugesprochen wird. Vorsichtshalber hat das Expertengremium angemeldet, „bei der Vergabe von Bundesmitteln“ – an die vorgeschlagenen Zentren und Stiftungen – „ist zugleich darauf zu achten, daß die außeruniversitäre zeitgeschichtliche Forschungslandschaft insgesamt nicht in eine Schiefelage gerät“ – das betrifft nur das ZZF. Sabrows Einrichtung kommt noch in einem weiteren Punkte zum Zuge, wenn nämlich, wie es in den Kommissionsempfehlungen heißt, (bislang nicht vorhandene)

2 Lindenberger, Thomas/Sabrow, Martin: Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte. In: Frankfurter Rundschau v. 12.11.2003.

3 Martin Sabrow unterstellte mir jüngst im Berliner *Tagesspiegel*, ich habe in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „eine unbändige Selbstbedienungslust der Kommissionsmitglieder am Werk“ gesehen. Wie schon in früheren Debatten verdreht Sabrow hier eine Aussage. Natürlich wurde über Kommissionsmitglieder, die keine Institution vertreten, solches nicht behauptet. Es ging um klar bezeichnete Funktionsträger (s.o.). In der *FAZ* hieß es bezogen auf die „Expertenlobby“ (Unterstreichung J. S.): „Alle in der Kommission personell vertretenen Institutionen haben sich vorab ihren Teil am DDR-Aufarbeitungskuchen gesichert und kräftige Nachschläge zugesprochen.“ Nicht von den Kommissionsmitgliedern ist die Rede, sondern von den Lobbyisten unter ihnen. Vgl. Stadt, Jochen: Kollision der Fachleute. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13.5.2006; Sabrow, Martin: Das letzte Donnern. In: *Der Tagesspiegel* v. 29.5.2006. Vgl. zur Vorgeschichte des aktuellen Streits Klaus Schroeder/Jochen Stadt: *Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989*, APuZ 20.6.1997, S. 15 - 29.

Gedenkorte am Brandenburger Tor und am Checkpoint Charlie gegebenenfalls in eine „Gesamtkonzeption“ eingeordnet werden sollen, „wie im Berliner Gedenkstättenkonzept vorgesehen“.

Das erwähnte „Berliner Gedenkstättenkonzept“ ist seit geraumer Zeit von Senator Flierl angekündigt. Es liegt bis heute nicht vor. Die Geschichte des noch ausstehenden „Berliner Gedenkstättenkonzeptes“ ist im vorliegenden Zusammenhang freilich von Belang. Am 9. März 2005 brachte das ZZF eine Presseerklärung „Berlin braucht ein Museum des Kalten Krieges“ heraus. Sabrow wurde in diesem „Mauer-Memorandum“ als Verantwortlicher für weitere Informationen an erster Stelle genannt.

Am 18. April 2005 stellte Senator Flierl auf einer Informationsveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus sein „Gedenkkonzept Berliner Mauer“ vor und schlug nun seinerseits die Errichtung eines Museums des Kalten Krieges im Zentrum der Stadt vor. Im Anhang seiner gedruckten Rede wurde unter „Diskussionsbeiträge/Zuarbeiten“ die Stellungnahme des ZZF aufgeführt.

Am 4. Juli 2005 gab Flierl nach der Beseitigung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie eine Presseerklärung heraus, in der es hieß: „Am Checkpoint Charlie soll nach dieser Konzeption langfristig ein Museum des Kalten Krieges entstehen, das diesen Ort als Schauplatz der Block-Konfrontation der Supermächte dokumentiert. In Zusammenarbeit mit internationalen Museen, vor allem in den Vereinigten Staaten wird hier ein attraktiver und informativer Ort entstehen, der das Haus am Checkpoint Charlie ebenso wissenschaftlich präzise wie kommunikativ ergänzt. Das neue Museumskonzept erarbeiten derzeit das Deutsche Historische Museum, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, das Museum Karlshorst und das Alliiertenmuseum.“ In dieser Presseerklärung Flierls findet sich auch der Hinweis auf „das Gedenken an die Opfer der deutsch-deutschen Grenzen“.

Nachdem aus den Fraktionen des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme der PDS und aus dem Bund heftige Kritik am Konzept eines Kalten-Kriegs-Museums laut wurde, ruderte Flierl zurück. Am 22. März 2006 erklärte er gegenüber der *Berliner Morgenpost*: „Der Vorschlag, am Checkpoint Charlie die Konfrontation der Pakte und die internationale Situation als Ausgangspunkt der deutschen, europäischen und Welt-Teilung zu thematisieren, ist ein Vorschlag des Deutschen Historischen Museums und des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung. Die sagen, man sollte an diesem Standort ein Museum des Kalten Krieges einrichten. Das wurde natürlich in Alternative zu der damaligen Situation am Checkpoint Charlie mit den Mauerkreuzen wurde dies als Relativierung mißverstanden.“

Am Ende war wohl Sabrows Wille zum Paradigmenwechsel auch nur ein Mißverständnis. Selbst wenn nun die Historisierung der DDR noch eine Weile in die Warteschleife muß, ist einiges von dem, was die rot-grünen Experten versäumt haben, rasch nachzuarbeiten. Zunächst einmal vor allem eine präzise Aufstellung der vorhandenen Aufarbeitungseinrichtungen, ihrer sächlichen und personellen Ausstattung etc. Die Sabrow-Kommission hat sich mit solch schnöden Alltagsfragen erst gar nicht aufgehalten. Von Leuten, die ständig anderen erklären wollen, was professionelle Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit sei, hätte man eigentlich erwarten können, daß sie den landestüblichen Standard von „Expertenpapieren“ nicht unterschreiten. Wie die nachstehenden Stellungnahmen zeigen, liegen die Empfehlungen der Sabrow-Kommission sowohl darunter als auch daneben.